

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906

7.7.1906 (No. 227)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 7. Juli.

Expedition: Carl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.

Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelber frei.

Unbezahlte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Nr. 227.

1906.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 25. Juni d. J. gnädigt bewogen gefunden, dem R. und K. Feldzeugmeister und Chef des Generalstabes der gesamten bewaffneten Macht Friedrich Grafen von Beck in Wien das Großkreuz des militärischen Karl-Friedrich-Verdienstordens zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 2. Juli d. J. gnädigt geruht, den Landgerichtsrat Dr. Karl Kempff in Konstanz zum Untersuchungsrichter beim Landgericht Konstanz, den Oberamtsrichter Gustav Waag in Oberkirch zum Landgerichtsrat in Konstanz zu ernennen und den Amtsrichter Peter Gottlinger in Bretten in gleicher Eigenschaft nach Oberkirch zu versetzen.

Mit Entschliegung Großh. Ministeriums der Finanzen vom 2. Juli 1906 wurde Oberförster Hans Lang in Durlach nach Gernsbach versetzt und dem Forstamt Kaltenbronn daselbst als II. Beamter zugewiesen.

Mit Entschliegung Großh. Ministeriums des Innern vom 2. Juli 1906 wurde Revident Gustav Hoch beim Bezirksamt Müllheim zum Bezirksamt Neustadt und Revident Ernst Kermann beim Bezirksamt Pfaffenloren zum Bezirksamt Müllheim versetzt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Die Annahme der Tarifreform in Württemberg.

— Stuttgart, 6. Juli.

Die Tarifreform hat auf Grund der von der Regierung vorgelegten Denkschrift in der Abgeordnetenversammlung eine in jeder Beziehung günstige Erledigung gefunden. Einmal ist die Kammer in verhältnismäßig kurzer Zeit — drei Sitzungen — mit der Sache zu Ende gekommen, worauf allerdings auch der Drang der Geschäfte angesichts des für Mitte nächster Woche bevorstehenden Schlußes der Tagung einen wohlthätigen Einfluß geübt hat. Sodann aber: es hat sich zwischen Regierung und Volksvertretung in dieser nicht eigentlich politischen, aber doch mit den politischen Anschauungen in mannigfacher Weise verflochtenen Frage eine erfreuliche Uebereinstimmung ergeben. Der neue Verkehrsminister, der übrigens, wie er selbst mehrfach betonte, in dieser Sache durchaus in die Fußstapfen seines Vorgängers getreten ist, mag sich beglückwünschen, in einer so viel umkämpften Streitfrage einen verhältnismäßig leichten Sieg errungen zu haben.

Es standen sich in der Kammer schließlich vier Anträge gegenüber. Ganz zuletzt hereingekommen war der Antrag der Sozialdemokratie, der die zwischen den deutschen Eisenbahnverwaltungen vereinbarten Grundsätze einer Tarifreform einfach ignorieren und die ganze Tarifreform gewissermaßen ab ovo neu aufbauen wollte mit dem Ziel des Zweipennigtarifs für die dritte Wagenklasse in jeder Gattung von Zügen. Der Antrag fand keinerlei Unterstützung und wurde gegen die Stimmen der Antragsteller glatt abgelehnt. Eine größere Stimmenzahl hätte der Antrag des Zentrums hinter sich gehabt, wenn er überhaupt noch zur Abstimmung gekommen wäre, aber eingesezt hat sich für ihn auch niemand als die Antragsteller selbst, und unter diesen sogar zeigte sich eine Differenz, deren Bedeutung die beiden zu Wort gekommenen Fraktionsredner vergeblich zu verwischen suchten. Dieser Antrag ging nämlich auf den Anschluß an das von Bayern und Baden angenommene System, aber der Vizepräsident der Abgeordnetenversammlung, Dr. v. Kiene, dem die Begründung des Antrags zugefallen war, ging in der „objektiven Würdigung“ der Vorzüge der vierten Klasse so weit, daß die nachfolgenden Redner seine Argumente gegen seinen eigenen Antrag verwerteten. Für die vierte Klasse und damit für den Standpunkt der Regierungsdenkchrift traten unter Führung des alten Vorkämpfers in Eisenbahnvereinlichungsfragen, des Freiherrn v. Wöllwarth, ein die Privilegierten, die Deutsche Partei und der Bauernbund. Merkwürdig war die Haltung der Volkspartei. Sie teilte sich in mindestens drei Linien. Die eine, die für die vierte Klasse eintrat, bildete zunächst der Abg. Storz für seine Person; er hatte den Antrag Wöllwarth und Genossen mit untergeschrieben und zog später bei der Abstimmung über diesen Antrag noch 8 Fraktionsgenossen mit sich. Die zweite

Linie, die der vierten Klasse noch mit dem alten, auch zweifelhaftes Kampfmittel nicht verschmähenen Grimm gegenüberstand, repräsentierte der Redakteur des führenden Parteiorgans, der Abg. Schmidt. Er erlebte den Schmerz, daß seine Artikel, auf die sich die Sozialdemokratie berief, von dem Fraktionschef als für die Partei unverbindlich erklärt wurden. Wie viele Mitglieder der Partei hinter dieser Richtung Schmidt standen, ließ sich aus den Abstimmungen nicht feststellen. Der eigentliche Fraktionsantrag, der von dem Abg. Gauhmann eingebracht wurde nach einer Rede, die eine ganz andere Schlussfolgerung hatte erwarten lassen, suchte die verschiedenen Richtungen unter einen Hut zu bringen und mußte daher labieren. Er suchte die Frage: dritte oder vierte Klasse? zu umgehen. Dieser Unterschied, um den sich doch die ganze dreitägige Debatte drehte, wurde für gleichgültig, für eine bloße Benennungsfrage erklärt. Dagegen suchte dieser Antrag aus dem Verlangen, daß in den Personenzügen nur mehr zwei Wagenklassen geführt werden sollten, ein Prinzip zu machen, wozu sich diese reine Verwaltungs- und Zweckmäßigkeitsfrage natürlich niemals hinaufschrauben läßt. Auch hier kam der Abg. Storz der Partei ärgerlich in die Quere, denn er trat sogar für die erste Klasse ein. Die Volkspartei — so läßt sich ihre Stellungnahme umschreiben — verhielt sich ablehnend gegen den bayerisch-badischen Vorschlag; sie hätte in erster Linie den Zweipennigtarif für die ganze dritte Klasse gewünscht, hatte sich aber von der Undurchführbarkeit dieses Wunsches (für Württemberg) überzeugen müssen; sie geradete für die vierte Klasse erklären wollte sie auch nicht, schon mit Rücksicht auf ihre Traditionen. So vernied sie eine feste Stellungnahme und überließ damit die Entscheidung tatsächlich der Verwaltung. Es war ein Verdienst des Führers der Deutschen Partei, Dr. Sieber, diesen wirklichen Sinn des Verschleierungsantrags der Volkspartei ans Licht gestellt zu haben. Ist diese Haltung der Volkspartei auch nicht imponierend, so muß man ihr für die sachliche Wirkung ihrer Stellungnahme doch dankbar sein. Sie ermöglichte in letzter Linie den Sieg der Regierung, der selbst dann zu konstatieren gewesen wäre, wenn der Antrag Gauhmann angenommen worden wäre. Um so erfreulicher ist es, daß die Kammer offenes Visier vorzog und dem Antrag Wöllwarth und Genossen den Vorzug gab.

Noch ein wichtiges Ergebnis hat die Beratung gezeitigt, nämlich die Zusage der Regierung, wenn irgend möglich die Zweipennigklasse und damit die Befreiung von der Fahrkartensteuer schon zum 1. Oktober, mit Beginn des Winterfahrplans, durchzuführen. Diesen Erfolg darf sich in erster Linie das Zentrum zuschreiben, das mit seinem auf eine möglichst frühzeitige Einführung der steuerfreien Klasse drängenden Antrag die Angriffe wegen seines Eintretens für die Fahrkartensteuer geschickt pariert hat. Die Verwaltung nimmt freilich mit diesem frühen Termin eine ungewöhnliche Arbeitslast auf sich, bei der man schließlich wohl in mehr als einer Hinsicht wird fünfse gerade sein lassen müssen.

Die künftige vierte Klasse Württembergs wird bestehen aus Wagen dritter Klasse älteren Systems, die durch Herausnahme einiger Reihensitzbänke ihren besonderen Zwecken angepaßt sind.

Englands auswärtige Politik.

* London, 5. Juli. Unterhaus. Dille (Lib.) fragt an, ob zwischen Frankreich und England hinsichtlich der abgelehnten Eisenbahn eine vorläufige Verständigung erreicht sei. Der Staatssekretär des Auswärtigen erwidert, die Verhandlungen seien noch im Gange, er könne gegenwärtig keinerlei Erklärung abgeben. — Der Staatssekretär für Indien, Marich, macht dem Hause die Mitteilung, daß dem forschungsreisenden Sven Hedin die Erlaubnis, von britischem Gebiet aus nach Tibet zu gehen, verweigert worden sei. Die britische Regierung habe aus Gründen der Politik beschlossen, daß nicht einem britischen Reisenden gestattet werden könne, Tibet zu betreten. Was englischen Staatsangehörigen verweigert worden, könne natürlicherweise nicht Ausländern gestattet werden. Ueberdies bestehe kein Anlaß, zu glauben, daß die tibetische Regierung die Pässe zu bewilligen geneigt sei. — Im weiteren Verlaufe der Sitzung erwidert der Unterstaatssekretär der Kolonien dem Unionisten Corbett M. I. S. T. E., der darüber Klage führte, daß die von Churchill über die auf Malta entstandenen Religionsstreitigkeiten gegebene Auskunft überhaupt keine Antwort war. Wenn Corbett seine Antwort nachlesen würde, würde er sie klar finden, selbst für „sein Verständnis“. (Protestrufe bei der Opposition.) Der Sprecher erklärt: Ich kann nicht sagen, daß der Ausdruck unparlamentarisch ist, obwohl er gewiß herausfordernd und etwas beleidigend ist. (Weifall bei der Opposition.) Der Zwischenfall ist damit erledigt. Es wird in die Erörterung des Budgets des Auswärtigen Amtes

(Mit einer Landtagsbeilage.)

eingetreten. Parter wirft zuerst die Frage der Kongoberwaltung auf.

Die antienglische Stimmung in Ägypten.

Im Laufe der Beratung des Auswärtigen Amtes machte der Staatssekretär Sir Edward Grey dem Hause Mitteilung bezüglich der vor kurzem vollzogenen Hinrichtung der vier wegen Ermordung eines englischen Offiziers zum Tode verurteilten Ägypter und über die Lage in Ägypten. Aus Gründen der Billigkeit möge das Haus nicht in eine Erörterung dieser Angelegenheit eintreten, bevor nicht ein vollständiger Bericht eingelaufen sei. Der Staatssekretär fährt fort: Das ist aber nicht der triftigste Grund. Das ganze letzte Jahr hindurch herrschte in Ägypten eine fanatische Stimmung, die in starkem Maße begriffen war. Diese Stimmung ist nicht auf Ägypten beschränkt gewesen, sondern hat sich auf die nördlichen Gebiete Afrikas fortgepflanzt. Aus diesem Grunde ist es geschehen, daß vor kurzer Zeit die Besatzung Ägyptens verstärkt werden mußte. Der Angriff auf die britischen Offiziere würde sich noch vor kurzem nicht ereignet haben, und wäre auch jetzt nicht erfolgt, wenn nicht diese fanatische Stimmung bestände, die in diesem Jahre in Ägypten um sich gegriffen hat. Seit diesem Angriffe und sogar vor dem Prozesse gegen die jetzt verurteilten Eingeborenen sind ein oder zwei fanatische Angriffe, wie ich glaube, auf britische Unternehmungen, auf jeden Fall auf Europäer durch Eingeborene ausgeführt worden. Wir sind möglicherweise am Vorabend von Maßnahmen, die sich zum Schutz der Europäer in Ägypten als notwendig erweisen, und wenn das Haus die Entscheidung des Gerichtshofes, der aus den höchsten englischen und ägyptischen Richtern besteht, beklagt, so muß dies die Wirkung haben, der Autorität der ägyptischen Verwaltung zu schaden. Wie die Dinge jetzt liegen, sage ich wohlüberlegt unter dem vollen Gefühl der Verantwortlichkeit: wenn das Haus in diesem Augenblicke irgend etwas tut, um der Autorität der Regierung in Ägypten zu schaden, oder sie zu zerstören, so werden Sie sich einer sehr ernstlichen Lage gegenübersehen. Denn wenn das Gefühl des Fanatismus in Ägypten über die feststehende Autorität der ägyptischen Regierung die Oberhand gewinnt, wird sie sich der Notwendigkeit zu extremen Maßnahmen gegenüber sehen. Grey schließt: Das Wort Lord Cromers hat in weiten Kreisen Anerkennung gefunden. Ich weiß sehr wohl, daß das Haus nicht zulassen wird, daß das Wort durch rohe, fanatische Leidenschaft gefährdet werde. (Weifall.) Aber wenn wir in der Debatte etwas sagen, das die Autorität der ägyptischen Regierung schädigen könnte, so könnte sie sich jeden Augenblick gezwungen sehen, andere Maßnahmen zu ergreifen, das heißt unkonstitutionelle Maßnahmen, die wir im Falle der Not ergreifen müssen, und die niemand mehr bedauern würde, als die britische Regierung und dieses Haus, obgleich Sie dazu gezwungen sein können, sie zu ergreifen. Die Rede des Staatssekretärs wurde unter großer Bewegung des Hauses und unter tiefstem Schweigen angehört. Sir Hardie (Arbeiterpartei) erklärt nach dem Redner: infolge der Aufforderung des Staatssekretärs verzichte er auf eine Besprechung der Angelegenheit.

Dillon (Tre) spricht sich auf das schärfste verurteilend über die Hinrichtungen aus. Staatssekretär Grey erwidert, er übernehme die volle Verantwortung für das, was geschehen ist, er weise die Behauptung zurück, daß die fanatische Stimmung in Ägypten ein Beweis für die Unwirksamkeit der englischen Herrschaft sei. Sie könne tun, was sie wolle, fährt der Staatssekretär fort, 20 oder 200 Jahre lang — aller materielle Nutzen, den ihre gute Verwaltung bringt, läßt doch das Mißtrauen zwischen dem Osten und dem Westen bestehen. Es ist darum notwendig, daß ich das Haus erjuche, bei solchen Fragen, sei es in Ägypten oder in Indien, die die Zivilisation des Ostens berühren, äußerst sorgsam zu Werke zu gehen, ehe es durch die Erörterung Kräfte in Bewegung setzt, die immer nahe unter der Oberfläche sind und die, wenn sie einmal zum Durchbruch gelangen, zu Folgen führen, die alle beklagen würden.

Die Beziehungen zu Frankreich.

Staatssekretär Grey fährt fort: Die frühere Regierung traf mit Frankreich ein Uebereinkommen, welches seit langem zwischen England und Frankreich bestehende Schwierigkeiten beseitigte und unter gewissen Bedingungen diplomatische Unterstützung versprach. Mit Beseitigung dieser Schwierigkeiten keimte Freundschaft zwischen beiden Ländern auf und ist fortgesetzt geblieben. Wenn immer sich Gelegenheit dazu bot, ist die in dem Uebereinkommen versprochene diplomatische Unterstützung von beiden Seiten eines jeden der beiden Länder spontan eingetreten, ohne Einschränkung und ohne Vorbehalt. Unsere Verpflichtungen gegen einander sind demnach erfüllt worden. Ich habe nur zweierlei über unser gutes Einvernehmen mit Frankreich zu sagen: Erstens, das gute Einvernehmen ist nicht gegen irgend ein anderes Land gerichtet, zweitens, es muß allgemein anerkannt werden, daß das gute Einvernehmen nicht beeinträchtigt werden kann durch irgend welche anderweitige Entfaltungen unserer auswärtigen Politik. (Weifall.) Je klarer diese zwei Dinge im Geiste zum Ausdruck kommen, desto klarer wird es in Erscheinung treten, daß weder für England noch für Frankreich das gute Einvernehmen zwischen uns eine Schranke oder ein Hindernis ist für gute und herzliche Beziehungen zu anderen Mächten. (Weifall.)

Das Bündnis mit Japan.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung erklärt der Staatssekretär des Auswärtigen hinsichtlich des Bündnisses mit Japan, das sich in außerordentlich guter Verfassung befindet. Japan, führt der Staatssekretär aus, verbindet ja die Kraft und jenen Gemeingeist, welche die bemerkenswerten Ergebnisse der letzten Jahre bewirkt haben, jetzt auf die Künfte des

Friedens, auf die Leitung Koreas, die eine große Aufgabe darstellt, und auf die Entwicklung seiner eigenen Südküsten. Und wir verfolgen in Asien keine Abenteuerpolitik, es ist im Gegenteil nur eine Politik der Konsolidierung. Das Ergebnis der Lage ist dies, daß die Allianz, wie sie heute besteht, jedem Verbündeten das Gefühl gegenseitiger Sicherheit gibt, ohne für irgend jemand sonst eine Quelle der Verunsicherung zu sein. Ich habe die Zuversicht, daß das Bündnis lange so bleiben und an Stärke und Vertrauen zu jenen Bedingungen gewinne wird. (Siehe Fortsetzung der Rede Greys unter „Lage in Rußland“.)

Arbeiterbewegung.

(Telegramme.)

* Forst i. L., 6. Juli. Der Textilarbeiterausstand ist beigelegt. Morgen soll die Arbeit wieder aufgenommen werden.

* Mailand, 6. Juli. In der Webindustrie Norditaliens herrscht eine heftige Streikbewegung. Gegen zehntausend Arbeiter sind in den Ausstand getreten.

* Rom, 6. Juli. Die Situation der Streikenden ist unverändert. Die Straßenbahngesellschaft hat den Streikenden eine Gehaltsaufbesserung im Gesamtbetrag von 72 000 Lire pro Jahr an. Die Streikenden lehnten dieses Angebot auf Verbesserung als unzulänglich ab. Die Gesellschaft versucht, Arbeitswillige von auswärts heranzuziehen.

Der österreichisch-serbische Zollkrieg.

(Telegramme.)

* Belgrad, 6. Juli. Obgleich das Handelsprotokoll erst Mittwoch Mitternacht abgelaufen ist, wandte die österreichisch-ungarische Regierung bereits Mittwoch früh Repressalien gegen die serbische Ausfuhr an und ließ sechs Eisenbahnwagen mit Rindvieh umkehren. Gestern begann die Anwendung des autonomen Tarifs in den Handelsbeziehungen zwischen Serbien und Oesterreich-Ungarn. Die Regierung beschloß, sofort mit anderen Staaten Verhandlungen über den Abschluß von Handelsverträgen einzuleiten.

* Belgrad, 6. Juli. Ministerpräsident Pašičić berief die Vertreter der Belgrader Zeitungen zu sich, um ihnen den Standpunkt der Regierung im neuerlichen Konflikt mit Oesterreich-Ungarn klarzulegen. Er erklärte, die serbische Regierung habe das größtmögliche Entgegenkommen gegenüber der österreichischen Monarchie bekundet. Er teilte mit, daß die serbischen Zollämter angewiesen seien, den alten Zolltarif für die Artikel aus Oesterreich-Ungarn in Anwendung zu bringen. Der Minister betonte, Serbien müsse sich beugen, die übrigen Handelsverträge zum Abschluß zu bringen. Der größte Teil der Presse erklärt sich mit der Haltung der serbischen Regierung einverstanden.

Zur Lage in Rußland.

(Telegramme.)

Die Reichsduma.

* St. Petersburg, 5. Juli. In der Duma verursachte die Mitteilung, daß der Dumaabgeordnete Sedelnikow gestern, trotz der Erklärung, er sei Abgeordneter von mehreren Polizeibeamten geschlagen worden sei, große Erregung. Madjin erklärt namens der Arbeitergruppe, daß, falls ein derartiger Vorgang sich noch ein einziges Mal ereigne, die Sozialisten die Minister nicht zu Worte kommen lassen würden. Falls irgend ein Abgeordneter von der Polizei geschlagen oder getötet würde, werde die Arbeitsgruppe für die Sicherheit der Minister, die es wagen würden, vor der Duma zu erscheinen, nicht aufkommen. Der Abgeordnete schließt unter donnerndem Beifall mit den Worten: „Wir werden es dahin bringen, daß die Personen der Vertreter des russischen Volkes geheiligter sind, als die Personen der Minister, die noch nie von der Polizei geschlagen wurden.“ Mehrere Abgeordnete schildern dann den gestrigen Vorgang wie folgt: Einige Polizisten sprachen barock Sedelnikow auf dem Wege zur Versammlung, die später aufgelöst wurde, an. Er erwiderte darauf: „Ich bin Mitglied der Duma.“ Trotz dieser Erklärung durchsuchte man seine Taschen und die Polizei nahm ihm einen Revolver fort, den er stets bei sich trägt, da ihm die Reaktionsäre den Tod angedroht haben. Dann schlugen ihn die Polizisten, verwundeten ihn an den Weinen und am Halse. Als der Minister des Innern keine Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen zusagt, ertönen Rufe: „Demissionieren!“ (Große Unruhe.) Der Präsident bittet die Linke, ruhig zu bleiben und nicht das Beispiel der Vertreter des alten Regimes nachzuahmen, die ihre Macht mißbrauchten. Die Duma beschließt darauf eine dringende Interpellation über die zur Bestrafung der Polizei von der Regierung ergriffenen Maßnahmen. Die Sitzung wurde alsdann unterbrochen.

Nach Wieraufnahme der Sitzung verliest Arakantseff den von den nach Bjalystok entsandten Abgeordneten verfaßten Bericht über den dort stattgehabten Pogrom mit allen Einzelheiten und schrecklichen Szenen. Der Redner richtet Anschuldigungen gegen die Regierung und erklärt, er erwarte nichts von einer gerichtlichen Untersuchung. Das russische Volk begünstige niemals die Pogroms, es erlaube allen Nationalitäten, in Frieden mit den Russen zu leben. Nur die Regierung sei schuldig. Diese verdrarb bereits die Armee, das teuerste Gut, das die Russen besäßen. Aber die Armee werde erwachen, wenn sie das ganze Unheil sehe, welches sie gezwungen wurde, anrichten. „Wehe denen“, so ruft der Redner, „welche sie verderben und sie zu einer Masse wilder Tiere machen.“ Der Redner schlägt vor, zu Ehren der gemordeten Opfer sich zu erheben. Die ganze Versammlung erhebt sich von ihren Sigen. Das Haus beschließt, die Beratung des Berichts über den Pogrom in Bjalystok auf morgen zu vertagen und geht dann zur Beratung der Interpellationen über. Morgen soll ferner ein Bericht der Kommission, die zur Beratung von Maßnahmen an-

läßlich der Hungersnot eingesezt wurde, verlesen werden. Schluß gegen 7 Uhr 15 Minuten.

* St. Petersburg, 5. Juli. Nach einer Meldung aus Bjalystok vom 4. d. M. ist das Stadthaupt Malinowski vom Generalgouverneur seines Amtes enthoben worden, weil er beabsichtigte, eine außerordentliche Sitzung der Stadtduma einzuberufen, um den Bericht des General v. Pader über den Pogrom zu widerlegen.

* St. Petersburg, 6. Juli. Der „Ruskiy Invalid“ veröffentlicht einen Tagesbefehl des Kaisers, der den Oberkommandierenden des Petersburger Militärbezirks und der Garde, Großfürsten Nikolaus, auf den Mangel an innerer Ordnung und Disziplin beim 1. Bataillon des Preobraschenski-Leibgarderegiments aufmerksam macht und dieerbals Verweise für die Kommandeure des Gardekorps, der ersten Gardeinfanteriedivision und der ersten Brigade ausspricht. Ein zweiter Tagesbefehl enthält die Verabschiedung des Kommandeurs des Preobraschenski-Leibgarderegiments, Generalmajors à la suite, Gaben, und des Kommandeurs der ersten Gardeinfanteriedivision, Generalmajors à la suite, Gertow, sowie Strafverurteilung anderer Offiziere.

* Riga, 6. Juli. Das hiesige Fabrikantenomitee erteilt an seine Mitglieder ein Rundschreiben, in welchem es den Mitgliedern vorschreibt, keine Kollektivforderungen den Arbeitern zu bewilligen, ohne die Zustimmung des Komitees eingeholt zu haben. Falls die Arbeiter die Ruhe störten, seien die Fabriken zu schließen, und wenn die Schließung einzelner Fabriken nicht die gewünschte Wirkung habe, so seien die Arbeiter der ganzen Kategorie, zu der die Streikenden gehörten, zu entlassen; bleibe auch das wirkungslos, so werde eine Versammlung der Fabrikanten zur Beratung einer allgemeinen Aussperrung einberufen werden.

* Tiflis, 5. Juli. Heute wird vor dem Kriegsgerecht die Angelegenheit der 27 Soldaten des Regiments Mingelien, die der Teilnahme an Auflehnung angeklagt sind, verhandelt. Anlässlich der Verhandlung des Prozesses herrscht in der Stadt der Generalausstand. Weder Droschken noch Straßenbahnen verkehren. Die Läden sind geschlossen. An diesen Orten der Stadt sind Kanonen und Maschinengewehre batterieweise aufgestellt. Gestern abend gaben die lokalen Komitees der revolutionären Sozialdemokratie Proklamationen aus, die die Bevölkerung auffordern, ihren Protest gegen die Kriegsgerechte durch einen Generalfreitag auszudrücken. Der Prozeß wird einige Tage in Anspruch nehmen. Er wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt.

Nachmals der englische Flottenbesuch.

* London, 6. Juli. Unterhaus. Staatssekretär Grey machte gestern ausführliche Mitteilungen über die Beziehungen zwischen England und Rußland und über den bevorstehenden Besuch der englischen Flotte in Rußland und erklärt: Der russische Kaiser, die russischen Minister und das Parlament sind nicht verantwortlich für die Judenmorde. Es ist behauptet worden, daß die russische Regierung an den Bjalystoker Judenmorden beteiligt gewesen sei, aber ich habe die glaubwürdige Mitteilung erhalten, wonach die Zentralregierung weder bewußt noch stillschweigend geduldet hat, was in Bjalystok vor sich ging. Bezüglich der Kreuzfahrt der englischen Flotte in der Ostsee weiß der Staatssekretär darauf hin, daß die Flotte auf der vorjährigen Fahrt in der Ostsee keine russischen Häfen angelaufen habe, und bemerkt, es würde sicherlich außerordentlich unpassend sein, wenn sie auch in diesem Jahre bei Gelegenheit der Kreuzfahrt in der Ostsee die russischen Häfen nicht besuchen würde. Auch im Vorjahre wurde der Besuch der englischen Flotte in der Ostsee als Drohung aufgefaßt. Der Besuch fand statt und hatte guten Erfolg. Der diesjährige Besuch der Flotte in Rußland steht in feinerlei Beziehung zu den inneren Angelegenheiten in Rußland und soll eine Ehrenerweisung für den russischen Kaiser und eine Freundschaftsbezeugung für das russische Volk sein.

Großherzogtum Baden.

* Karlsruhe, 6. Juli.

Heute mittag gegen 1 Uhr traf Frau von Brauer in Schloß Baden ein und nahm an der Frühstückstafel der Höchsten Herrschaften teil, zu der auch Generalfeldmarschall Freiherr von Loë eingeladen war.

Heute abend trifft der königlich preussische Gesandte von Eisenacher von Kiel kommend in Baden-Baden ein und steigt im Großherzoglichen Schlosse ab.

Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin beabsichtigen, morgen früh sich von Schloß Baden nach Karlsruhe zu begeben und dort bis zum Abend zu verweilen.

** Das bisherige argentinische Konsulat in Karlsruhe ist durch Verfügung der argentinischen Regierung in ein Vizekonsulat umgewandelt worden. Zum Titular dieses neuen Postens in Karlsruhe ist der bisherige Konsul Siegmund Niebuhr ernannt worden.

© (Stadtgartentheater.) Morgen, Samstag, gelangt „Der Vogelhändler“, Operette in drei Akten von Karl Zeller, zur Darstellung. Die Besetzung in den Hauptrollen ist folgende: Kurfürstin Fräulein Förster, Vrieschrisel Fräulein Ziegler, Adelaide Fräulein Richter, Baron Weps Herr Nagler, Stanislaus Herr Mohr, Adam Herr Kogg. Am Sonntag wird die mit so großem Beifall aufgenommene Operette „Die Puppe“ zum erstenmal wiederholt.

* (Ausflugsfahrt der Deutschen Motorradfahrervereingung.) Als erster der um 4 Uhr morgens in München abgegangenen Motorräder traf Geiger auf „Redarfulm“, Karrer auf „Ader“, Fink auf „Ader“ 2 Uhr 9 Minuten am Ziel beim Schlachthof ein. Diese Fahrer legten die Strecke München-Karlsruhe (307 Kilometer) in nicht ganz 9 Stunden zurück.

Von den kleinen Automobilen traf zuerst ein Maurerwagen ein. Von den Karlsruhe Teilnehmern gingen als 1. Krampmändel, als 2. v. Wöllwarth durch das Ziel. Frau Eisenmann, die einzige Dame, welche sich an der Fahrt beteiligte, traf 4 Uhr 52 Minuten ein. Ihr wurde hier ein prachtvolles Bouquet überreicht. Bis Zielstich um 6 Uhr waren von 82 Motorrädern 29, von 13 Automobilen 9 eingetroffen. Heute, Freitag, morgens 6 Uhr erfolgte die Weiterfahrt der Fahrzeuge über Heidelberg, Frankfurt nach Würzburg. Der Start war, wie schon gemeldet, am Hotel „Rotes Haus“, Lintenseimerstraße.

X Baden, 6. Juli. An Herrn Oberbürgermeister Dr. Gönner sind heute folgende Telegramme eingegangen:

„Aus Bergen telegraphierte mir gestern abend Seine Majestät der Kaiser: Dem badischen Städteverband bitte ich für die freundlichen Glückwünsche meinen herzlichsten Dank zum Ausdruck zu bringen.“

„Ich freue mich, diese Antwort übermitteln zu können.“

Friedrich, Großherzog.

„Für die Glückwünsche des badischen Städteverbandes telegraphierte mir der Deutsche Kronprinz den herzlichsten Dank mit der Bitte um Liebermittlung an Seine Majestät, den Kaiser.“

Friedrich, Großherzog.

● Baden, 5. Juli. Zur Feier des Geburtstages Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs veranstaltet das Städtische Komitee auch in diesem Jahre wieder, und zwar am Sonntag den 8. Juli ein großes Feuerwerk, dessen Arrangement Herr Kunstfeuerwerker W. Fischer in Clebronn übertragen wurde, zugleich findet nachmittags und abends Konzert des städtischen Orchesters statt.

S. Mannheim, 5. Juli. Der Ausstand bei den Streikwerken vorm. Rud. Otto Meyer im Industriebezirk ist beendet. Gestern nachmittag streikten sämtliche Arbeiter (ca. 600 Mann). Da die Geschäftsleitung aber bereits im Laufe des gestrigen Tages befriedigende Zugeständnisse gemacht hat, ist heute früh die Arbeit wieder aufgenommen worden.

● Heidelberg, 5. Juli. Zur Säcularfeier des Erscheinens von „Des Knaben Wunderhorn“ in Heidelberg wird am 15. Juli von dem Hebelverein auf St. Neuhurg ein „Lied- und Reigenfest“ stattfinden.

* Kleine Nachrichten aus Baden. Eine blutige Affäre spielte sich gestern nacht in Mannheim in einer Wirtschaft der Rheinammitzstraße ab. Der Wirt des Lokals verlegte dem 27 Jahre alten Reisenden Jul. Ortlingshaus aus Eberfeld, der als Gast in seiner Wirtschaft verweilt, einen lebensgefährlichen Lungenschlag und verschiedene Stiche in den Unterleib. Die Tat erfolgte aus Eifersucht. Wie der Wirt angibt, soll der Verletzte, dessen Zustand hoffnungslos ist, verstorben sein, in das Zimmer der Frau des Wirts eingedrungen. — Die Wiesentäler Konvention wurden, wie aus Schopfheim berichtet wird, bei der vorgetragenen Konvention über die Vergrößerung des Wiesentäler Bauvereins zu dem verhältnismäßig niederen Preise von 101 000 M. abgeschlossen. Die Gläubiger erleiden erhebliche Einbußen. — Ein Student, der mit vier Kommilitonen am Sonntag abend eine Radfahrt durch das wildromantische Wehratal machte, stürzte bei einer Kurve in die Wehra und erlitt einen Schädel-, einen Bein- und Oberschenkelbruch. Er wurde in das Spital zu Wehr verbracht.

Eine Ausstellung für Kindeswohl

Im großen Maßstabe veranstaltet die Gesellschaft zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit zu Berlin (Bureau der Gesellschaft W. Frobenstraße Nr. 26, Ausstellungsbureau Bernburgerstraße Nr. 22) vom 1. bis einschließlich 12. September d. J. in den Gemälden der Philharmonie. Durch diese Veranstaltung bezieht die genannte Gesellschaft, die sich bekanntlich die Aufgabe gestellt hat, in erster Linie durch Förderung der natürlichen Ernährung auf eine Herabminderung der Säuglingssterblichkeit hinzuwirken, sowohl für die Ausbreitung ihrer Ideen und Bestrebungen beizutragen, als auch größere Mittel zu gewinnen, um ihre gemeinnützige Tätigkeit mehr auszuweiten und weitere Maßnahmen zur Erreichung ihres Zweckes treffen zu können. Nachdem die Gesellschaft bisher diesen Zweck hauptsächlich durch Verabreichung von Stillbrühen an bedürftige stillende Mütter zu verfolgen gesucht hat, die ohne diese Unterstützung nicht in der Lage gewesen wären, ihrem Kind den Segen der natürlichen Ernährung zu teil werden zu lassen, bekennt sie in Zukunft ihrem Ziele noch näher zu kommen durch Errichtung von Speiseanstalten für eben solche Mütter, in welchen diesen gegen geringes Entgelt oder auch umsonst eine kräftige Kost geboten werden soll, sowie durch Ausstellung von Kinderpflegerinnen, welche Müttern nach der Geburt eines Kindes ins Haus geschickt werden sollen, um die zur Ausübung der natürlichen Ernährung anzuhelfen und in der hygienischen Behandlung ihres Kindes zu unterweisen. — Die Ausstellung soll sich auf die körperliche Entwicklung des Kindes von der Geburt bis zum Abschluß des schulpflichtigen Alters erstrecken. Der Hauptzweck wird die Ausstellung eine Einteilung in drei große Gruppen erfahren: 1. Eine wissenschaftliche Abteilung, in welcher die normale Entwicklung des Kindes, sowie die Störungen derselben in medizinischer wie in pädagogischer Hinsicht zur Darstellung gebracht werden sollen. 2. Eine künstlerische Abteilung — das Kind in der Kunst. 3. Eine allgemeine Abteilung, in welcher allen übrigen Bedürfnissen des Kindes Rechnung getragen werden soll. Das Interesse an der Ausstellung scheint, wie die bereits aus allen Teilen Deutschlands an die Ausstellungskomitee ergangenen vielfachen Anfragen zeigen, ein außerordentlich reges zu sein. Ihre königliche Hoheit die Großherzogin von Baden hatte die Gnade, dem Ehrenkomitee der Ausstellung beizutreten.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* Bergen, 6. Juli. Bei seiner Ankunft in Bergen erhielt Seine Majestät der Kaiser die Nachricht von der glücklichen Geburt seines Enkels. Das Kaiserliche Schiff und die es begleitenden Kriegsschiffe flaggten aus. Die „Leipzig“ feuerte den bei der Geburt eines Prinzen des königlichen Hauses vorgeschriebenen Salut von 21 Schuß. Das Gleiche erfolgte seitens der norwegischen Flotte.

* Bergen, 6. Juli. Gleich nach dem Eintreffen des Kaiserlichen Schiffes begaben sich gestern der deutsche Gesandte in Christiania, Dr. Stübel, und der deutsche Konsul in Bergen, Mohr, an Bord der „Hamburg“. Seine Majestät der Kaiser ging mit dem Gefolge an Land und kehrte um 12 Uhr 30 Minuten mittags auf die „Hamburg“ zurück.

* Potsdam, 6. Juli. Nach dem heute nachmittag ausgegebenen Bulletin befindet sich die Frau Kronprinzessin bei normaler Temperatur sehr wohl.

* Kiel, 6. Juli. Seine Majestät der König von Sachsen nahm gestern die Besichtigung des ersten See-

Feuerversicherungsgesellschaft des französischen Phönix in Paris.

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 1905 bis 31. Dezember 1905. (Hauptgeschäft.)

Kurs: 1 Frank = 0.80 M.

A. Einnahme.		M	S	M	S
1. Vortrag aus dem Vorjahre					
2. Ueberträge (Reserven) aus dem Vorjahre:					
a. für noch nicht verdiente Prämien (Prämienüberträge)	4 440 000				
b. Schadenreserve	147 336				
c. sonstige Ueberträge (getrennt nach Gattungen und Summen)				4 587 336	
3. Prämienentnahme abzüglich der Risikoprämien (Etwasige Nachschußprämien sind hier besonders aufzuführen)					
4. Nebenleistungen der Versicherten:					
a. Begehrter (Sicherheitsleistungen)					
b. Eintrittsgelder					
c. Policegebühren	90 299	60			
d. anderweit					90 299
5. Kapitalerträge:					
a. Zinsen	698 676	08			
b. Mietserträge	123 394	59			
6. Gewinn aus Kapitalanlagen:					
a. Kursgewinn					
α. realisierter					
β. buchmäßiger					
b. sonstiger Gewinn					
7. Sonstige Einnahmen (getrennt nach Gattungen und Summen)					
8. Verlust					
Gesamteinnahmen				17 193 211	23

B. Ausgabe.		M	S	M	S
1. Rückversicherungsprämien					
2. a. Schäden, einschließlich der M. 4 789.75 betragenden Schadenermittlungskosten, aus den Vorjahren, abzüglich des Anteils der Rückversicherer:					
α. gezahlt	91 582	35			
β. zurückgestellt	29 776				
b. Schäden, einschließlich der M. 221 119.83 betragenden Schadenermittlungskosten, im Geschäftsjahr, abzüglich des Anteils der Rückversicherer:					
α. gezahlt	4 227 912	68			
β. zurückgestellt	169 096				
3. Ueberträge (Reserven) auf das nächste Geschäftsjahr:					
a. für noch nicht verdiente Prämien abzüglich des Anteils der Rückversicherer (Prämienüberträge)	4 440 000				
b. sonstige Ueberträge (getrennt nach Gattungen und Summen)					4 440 000
4. Abschreibungen auf:					
a. Immobilien					
b. Inventar					
c. Forderungen					
d. Organisations- (Einrichtungs-) Kosten des ersten Geschäftsjahrs (bevorzugt Amortisation)					
e. anderweit (getrennt nach Gattungen und Summen)					
5. Verlust aus Kapitalanlagen:					
a. Kursverlust					
α. an realisierten Wertpapieren					
β. buchmäßiger					
b. sonstiger Verlust					
6. Verwaltungskosten, abzüglich des Anteils der Rückversicherer:					
a. Provisionen und sonstige Bezüge der Agenten pp.	1 971 183				
b. sonstige Verwaltungskosten	704 030	94			
7. Steuern und öffentliche Abgaben					
8. Leistungen zu gemeinnützigen Zwecken, insbesondere für das Feuerlöschwesen:					
a. auf gesetzlicher Vorschrift beruhende	17 682	75			
b. freiwillige	14 423	54			
9. Sonstige Ausgaben (getrennt nach Gattungen und Summen)					
10. Gewinn und dessen Verwendung:					
a. Vortrag	529 036	45			
b. Kapitalreserve	272 051	45			
c. Prämienreserve	63 343	02			
d. an die Aktionäre	1 600 000				
e. Vorsichtsreserve	360 000				
f. Liegenschaftsreserve	400 000				
Gesamtausgaben				17 193 211	23

Gewinn- und Verlustrechnung

für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 1905 bis 31. Dezember 1905. (Deutsches Geschäft.)

A. Einnahme.		M	S	M	S
1. Vortrag aus dem Vorjahre					
2. Ueberträge (Reserven) aus dem Vorjahre:					
a. für noch nicht verdiente Prämien (Prämienüberträge)	40 000				
b. Schadenreserve	27 776				
c. sonstige Ueberträge (getrennt nach Gattungen und Summen)					67 776
3. Prämienentnahme abzüglich der Risikoprämien (Etwasige Nachschußprämien sind hier besonders aufzuführen)					
4. Nebenleistungen der Versicherten:					
a. Begehrter (Sicherheitsleistungen)					
b. Eintrittsgelder					
c. Policegebühren	2 328	80			
d. anderweit					2 328
5. Kapitaleinträge:					
a. Zinsen					
b. Mietserträge					
6. Gewinn aus Kapitalanlagen:					
a. Kursgewinn					
Uebertrag					
				158 423	

Uebertrag		M	S	M	S
α. realisierter					158 423
β. buchmäßiger					
b. sonstiger Gewinn					
7. Sonstige Einnahmen (getrennt nach Gattungen und Summen)					
8. Verlust					
Gesamteinnahmen				172 971	90
B. Ausgabe.					
1. Rückversicherungsprämien					
2. a. Schäden, einschließlich der M. — betragenden Schadenermittlungskosten, aus den Vorjahren, abzüglich des Anteils der Rückversicherer:					
α. gezahlt	8 601	50			
β. zurückgestellt	18 768				
b. Schäden, einschließlich der M. 3691.91 betragenden Schadenermittlungskosten, im Geschäftsjahr, abzüglich des Anteils der Rückversicherer:					
α. gezahlt	63 123	43			
β. zurückgestellt	7 144				
3. Ueberträge (Reserven) auf das nächste Geschäftsjahr:					
a. für noch nicht verdiente Prämien abzüglich des Anteils der Rückversicherer (Prämienüberträge)	40 000				
b. sonstige Ueberträge (getrennt nach Gattungen und Summen)					40 000
4. Abschreibungen auf:					
a. Immobilien					
b. Inventar					
c. Forderungen					
d. Organisations- (Einrichtungs-) Kosten des ersten Geschäftsjahrs (bevorzugt Amortisation)					
e. anderweit getrennt nach Gattungen und Summen					
5. Verlust aus Kapitalanlagen:					
a. Kursverlust					
α. an realisierten Wertpapieren					
β. buchmäßiger					
b. sonstiger Verlust					
6. Verwaltungskosten, abzüglich des Anteils der Rückversicherer:					
a. Provisionen und sonstige Bezüge der Agenten pp.	13 630	75			
b. sonstige Verwaltungskosten	13 133	49			
7. Steuern und öffentliche Abgaben					
8. Leistungen zu gemeinnützigen Zwecken, insbesondere für das Feuerlöschwesen:					
a. auf gesetzlicher Vorschrift beruhende	295	14			
b. freiwillige					
9. Sonstige Ausgaben (getrennt nach Gattungen und Summen)					
10. Gewinn und dessen Verwendung:					
a. an den Kapitalreservefonds und sonstige Spezialreserven (einzeln aufzuführen)					
b. Kantinen					
c. an die Aktionäre (beziehungsweise Garantien)					
d. an die Berichter					
e. andere Verwendungen (getrennt nach Gattungen und Summen)					
Gesamtausgaben				172 971	90

Bilanz für den Schluß des Geschäftsjahrs 1905.

Aktiva.		M	S	M	S
1. Forderungen an die Aktionäre für noch nicht eingezahltes Aktienkapital, beziehungsweise bei Gegenseitigkeitsvereinen Forderungen an die Garantiefondszeichner wegen der nicht daargegebenen Obligos (die Art der Deckung — Wechsel, Schuldscheine usw. ist anzugeben)					
2. Sonstige Forderungen:					
a. Rückstände der Versicherten	405 985	45			
b. Rückstände bei General-Agenten beziehungsweise Agenten	2 159 903	08			
c. Guthaben bei Banken	666 088	74			
d. Guthaben bei anderen Versicherungsunternehmen					
e. im folgenden Jahre fällige Zinsen, soweit sie anteilig auf das laufende Jahr treffen					
f. anderweit (getr. nach Gattungen u. Summen)					3 231 927
3. Kassenbestand					
4. Kapitalanlagen:					
a. Hypotheken und Grundschulden	18 184 510	58			
b. Wertpapiere					
c. Darlehen auf Wertpapiere					
d. Wechsel	2 147	20			
e. anderweit (getr. nach Gattungen u. Summen)					18 186 657
5. Grundbesitz					
6. Inventar					
7. Sonstige Aktiva:					
a. Guthaben anderer Versicherungsunternehmen	38 605	06			
b. Rückstände der Versicherten	405 985	45			
c. Rückständige Dividenden	45 820				
d. Kreditoren	2 207 829	44			
8. Reservefonds: Statutarische Reserve					
9. Spezialreserven: Vorsichtsreserve					
Spezialreserve					
Liegenschaftsreserve					
10. Gewinn					
Gesamtbeitrag				25 126 615	39
Passiva.					
1. Aktienkapital, bei Gegenseitigkeitsvereinen Betrag des etwaigen Garantiefonds					
2. Ueberträge auf das nächste Jahr, zu a und b nach Abzug des Anteils der Rückversicherer:					
a. für noch nicht verdiente Prämien (Prämienüberträge)	4 440 000				
b. für angemeldete, aber noch nicht bezahlte Schäden (Schadenreserve)	198 827				
c. anderweit (getr. nach Gattungen u. Summen)					4 638 827
3. Hypotheken und Grundschulden sowie sonstige in Geld zu schätzende Lasten (Reallasten, Renten usw.) auf den Grundstücken Nr. 6 der Aktiva					
4. Baarlasten					
5. Sonstige Passiva:					
a. Guthaben anderer Versicherungsunternehmen					
b. Rückstände der Versicherten					
c. Rückständige Dividenden					
d. Kreditoren					
6. Reservefonds: Statutarische Reserve					
7. Spezialreserven: Vorsichtsreserve					
Spezialreserve					
Liegenschaftsreserve					
8. Gewinn					
Gesamtbeitrag				25 126 615	39

Der Hauptvollmächtigte: Albert Fritsch, Neufreistadt (Baden).

Konkursverfahren.
B. 506. Nr. 511.11. Karlsruhe.
Im Konkursverfahren über das Vermögen des Emil Wagner zum Residenzplatz hier ist Termin zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis und zur Beschlußfassung der Gläubiger über nicht verwertbare Vermögensstücke bestimmt auf Donnerstag den 2. August 1906, vormittags 10 Uhr, Karlsruhe, den 5. Juli 1906. Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts. Bruch.

Verichtigung.
B. 483. Ettenheim. Bei der in Nr. 226 vom 6. Juli in der „Karlsruher Zeitung“ erfolgten Bekanntmachung der Konkursöffnung des „Darlehens-Kassenvereins Schmiebelm“ muß es statt „beschränkter“ unbeschränkter Pflichten heißen. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts. Rung.

Konkursverfahren.
B. 509. Nr. 13598. Billingen.
Im dem Konkursverfahren über das Vermögen des Landwirts Johann Hirt in Marbach wurde Termin zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis und zur Anbringung der Gläubigerverammlung über die Festsetzung der Auslagen und der Vergütung für die Geschäftsführung der Mitglieder des Gläubigerausschusses bestimmt auf Samstag den 28. Juli d. J., vormittags 9 Uhr, vor Großh. Amtsgericht hier. Billingen, den 28. Juni 1906. Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts. E. Bernauer.

Ladung.
B. 500.21. Nr. 5103. St. Blasien.
Der am 13. Februar 1867 zu Egwilt geborene, im Inland zuletzt in Bernau wohnhaft gewesene, jetzt an unbekanntem Ort befindliche Sattler Fridolin Erdmole wird beschuldigt, seit April 1904 als beurlaubter Landwehmann 2. Aufgebots ohne Erlaubnis ausgewandert zu sein. Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs. Derselbe wird auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts hier selbst auf Samstag den 25. August 1906, vormittags 8 Uhr, vor das Großh. Schöffengericht in St. Blasien, Zimmer Nr. 1, zur Hauptverhandlung geladen. Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von dem Königl. Bezirkskommando zu Bruch ausgestellt Erklärung verurteilt werden. St. Blasien, den 2. Juli 1906. Hippolt, Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Stellen-Belegung.
Bei der Wasserwerksverwaltung ist die Stelle des zweiten Wasserkontrolleurs zu belegen. Die Anstellung geschieht zunächst probeweise auf ein Jahr mit einem Jahresgehalt von 1750 M. Ist nach Ablauf des Probejahres der Bewerber die Brauchbarkeit erbracht, so erfolgt die Anstellung nach den Bestimmungen der Dienst- und Gehaltsordnung für die Beamten der Stadt Freiburg im Breisgau, und zwar in Gehaltsklasse VI mit 1900 M. Anfangsgehalt und dem in 16 Jahren erreichbaren Höchstgehalt von 3100 M. Bewerber von zuverlässigem Charakter und gründlichen Kenntnissen und Erfahrungen im gesamten Installationsbetrieb wollen ihre Gesuche nebst Zeugnissen bis zum 20. ds. Mts. hierher einreichen. B. 521.21. Persönliche Vorstellungen haben erst auf Verlangen stattzufinden. Freiburg i. Br., den 3. Juli 1906. Die Direktion der städt. Gas- und Wasserwerke. W. Schnell.

Nußholzversteigerung.
Großh. Forstamt Ottenhöfen versteigert mit Vorgriffbewilligung aus den Domänenwäldungen bei Altheiligen und Sulzbach Mittwoch den 18. Juli, vormittags 11 Uhr, im Forsthaus Altheiligen: Nadelholzhämme: 12 I, 46 II, 214 III, 1495 IV, 441 V, Nadelholzklobbe und Abfächte: 103 I, 262 II, 267 III. Vorzeiger des Holzsa: Forstwart Maler in Ottenhöfen (Unterwasser), Schnurr in Lautenbach (Altschmattbof) und Huber in Bierbach (Hirschbachhof). B. 523

Nußholzverkauf.
Das Forstamt Todtmoos in St. Blasien versteigert am B. 501 Samstag den 14. Juli 1906, vormittags 10 Uhr, in der „Sonne“ in Todtmoos aus Domänenwäldungen rund 3000 Festmeter Nadel-Stamm- und Klobholz. Aftenausgabe durch das Forstamt.